

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit  
Herrn Bundesminister Peter Altmaier  
Stresemannstrasse 128-130  
10117 Berlin

**Ressort 1**  
**Vorsitzender**  
**Ressort 8**  
**Fachbereich Ver-**  
**und Entsorgung**

**Vereinte**  
**Dienstleistungs-**  
**gewerkschaft**

**Bundesverwaltung**

Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Telefon: 030/6956-0  
Durchwahl: -1000  
-1700  
vorsitzender@verdi.de  
erhard.ott@verdi.de  
www.verdi.de

Datum

13. Juli 2012

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

fa-bg-wa

## **Endlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

von den Betriebsräten in den deutschen Kernkraftwerken sind wir auf ein Problem hingewiesen worden, bei dessen Lösung wir auf Ihre Unterstützung hoffen.

Die gleichzeitige Stilllegung der 8 Kernkraftwerke im Jahr 2011 bringt die Betreiberunternehmen in die Situation, in diesen Monaten zu entscheiden, wie die Stilllegung der Kernkraftwerksblöcke erfolgen soll: Rückbau oder sicherer Einschluss.

Von dieser Entscheidung, deren Dringlichkeit durch enormen Kostendruck noch verstärkt wird, hängt die Zukunft von hunderten von Arbeitsplätzen an jedem Kraftwerksstandort ab. Eine wesentliche Einflussgröße hierbei ist auch die Entsorgungsfrage. Die Betreiber der Kernkraftwerke, die bis zum Jahr 2022 den Leistungsbetrieb einstellen müssen, werden in absehbarer Zeit vor der gleichen Entscheidung stehen.

ver.di fordert den sofortigen Rückbau zur „grünen Wiese“, wie es in der Vergangenheit in Deutschland bereits erfolgreich praktiziert wurde.

Warum fordert dies ver.di? Im Atomgesetz sind beide Varianten beschrieben und zulässig. Wobei der sogenannte sichere Einschluss lediglich eine zeitliche Verschiebung des Rückbaubeginns um rund 30 - 50 Jahre darstellt.

Auch beschäftigungspolitisch wäre eine Entscheidung für den direkten Rückbau ein wichtiges Ziel.

Durch den ad-hoc-Ausstieg konnten in den betroffenen Unternehmen keine zukunftsweisenden Personalplanungen erstellt werden, anders als bei den Stilllegungen von Kraftwerksblöcken aus wirtschaftlichen bzw. Reststrommengen bedingten Gründen.

Die Ausstiegsentscheidung im Frühjahr letzten Jahres fiel zeitgleich mit personalaufbauenden Aktivitäten der Unternehmen auf Grund der Laufzeitverlängerung zusammen. An vielen Standorten wurde gerade neues Personal extern unbefristet eingestellt.

SEB Bank Berlin  
Konto 161 984 850 0  
BLZ 100 101 11

**Anreiseinformationen:**  
Ostbahnhof  
S5, S7, S9, S75,  
RE1, RE23, RE4, RE5

Mit der Variante direkter Rückbau besteht die Möglichkeit, die Personalstruktur mittelfristig auf die grundlegend geänderten Anforderungen der einzelnen Standorte anpassen zu können. Der sozialverträgliche Umbau der Mannschaften muss hierbei oberstes Gebot sein und bleiben.

Beim Rückbau von Kernkraftwerken sind etwa 97 % der dabei entstehenden Abfälle schwach- oder mittelradioaktiv belastet. Etwa 3 % der Abfälle sind hochradioaktive wärmeentwickelnde Abfälle. Für letztere ist im Konsens der Parteien und Gewerkschaften der Startschuss zur Suche und Erkundung eines nationalen Endlagers gestartet worden.

Auch für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle bedarf es eines Endlagers mit einem klar fixierten Zeitpunkt der Aufnahmebereitschaft und eine verlässliche Definition der Aufnahmebedingungen.

Ohne verfügbares Endlager, das als Zielkorridor bis spätestens 2019 für erste Einlagerungen zur Verfügung steht, wird ein Rückbau absolut in Frage gestellt, denn Rückbau bedeutet Anfall von radioaktiven Abfallstoffen. Den Unternehmen wird ohne eine klare Endlagerperspektive eine Entscheidung für einen sofortigen Rückbau nahezu unmöglich gemacht. Sie werden sich dann notgedrungen für den sicheren Einschluss und damit den sofortigen Personalabbau entscheiden.

Aus diesen Gründen hoffen wir im Namen der Beschäftigten der Kernenergie auf Ihre Unterstützung, da die Endlagerfrage sowohl im Interesse einer nachhaltigen Energiepolitik im Rahmen der Energiewende als auch im Interesse der Sicherung von qualifizierten Arbeitsplätzen liegt. Wer eine Energiewende ohne Kernkraft fordert muss auch die Voraussetzungen, die hierfür notwendig sind, schaffen.

Für Gespräche stehen wir Ihnen - auch gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus der Kernenergie - gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Bsirske  
ver.di Vorsitzender

Erhard Ott  
Mitglied des ver.di Bundesvorstandes